Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

415

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis pränumerando bei der Post 1 Mark (monatlich 3 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 3 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gesellschafter", „Der kommunistische Gesellschafter", „Die Kommunistin", jeweils der illustrierten Beilage „Der rote Sonntag" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-N., Glacisstraße 2, I. Fernsprecher: 17 200. ★ Redaktion: Dresden-N., Glacisstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 4—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 10 418 Dresden, Gall Schlegel ★ Anzeigenpreis: 40 Goldpfennige für die viermal gespaltene Nonpareillezeile, 60 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 80 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an den vorgeschriebenen Zeichenzahl ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 20. August 1925 | Nummer 109

Der Riesenkampf der Textilarbeiter beginnt!

200 000 Textilarbeiter am 4. September auf der Straße — Freibrief der Reichsregierung zur Ausplünderung der Arbeiter — Vor schweren Lohnkämpfen in Oberschlesien — Neue Betriebsstillegungen

Berlin, 20. August. Der „Lokalanzeiger" meldet aus Chemnitz: **Gestern ist sämtlichen 200 000 Textilarbeitern des westsächsischen und thüringischen Industriebezirkes zum 4. September schriftlich gekündigt worden. Das Kündigungsschreiben stellt ausdrücklich fest, daß die Kündigung und Schließung der Betriebe am 4. September infolge des von dem Deutschen Textilarbeiterverband über einzelne Betriebe (Baumwollspinnereien) verhängten Streiks erfolgte.**

Nachdem die am Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Stadtrates a. D. Kunze-Chemnitz im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen über ein Lohnabkommen in der Textilindustrie gescheitert sind, gehen die Textilbarone nun dazu über, durch die Aussperrung von 200 000 Textilarbeitern den Arbeitern ihre sklavischen Pläne durch den Druck auf den Magen aufzuzwingen. Die Textilindustriellen sind fest entschlossen, die Textilarbeiter niederzuringen.

Im Bezirk Chemnitz haben die Unternehmer allen Beschäftigten folgendes Kündigungsschreiben zugestellt:

„In einer Anzahl von Betrieben des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie, Sitz Chemnitz, hat die Arbeiterschaft auf ausdrückliche Veranlassung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ihr Arbeitsverhältnis aufgekündigt; teilweise ist die Arbeitsniederlegung bereits erfolgt.

Zum Schutze der durch die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen betroffenen Betriebe sehen wir uns gezwungen, unseren Betrieb mit dem 4. September 1925 zu schließen und Ihnen den mit uns abgeschlossenen Arbeitsvertrag für diesen Tag aufzukündigen.

Chemnitz, 18. August 1925. (Unterschrift.)"

Die Pläne der Unternehmer kennzeichnet der „Textilarbeiter", das Verbandsorgan des Deutschen Textilarbeiterverbandes, in seiner Nr. 34 in dem Aufruf: „Textilarbeiter auf die Schanzen!" in folgenden treffenden Worten:

„Die Arbeitgeberschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, die Textilarbeiterschaft niederzuringen und ihr den letzten Rest sozialer Errungenschaften zu rauben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben jetzt die Unternehmer im Bezirk München-Gladbach-Rheydt die Aussperrung von 40 000 Textilarbeitern vorgenommen, und zwar unter Mißachtung von Recht und Gesetz. In München-Gladbach war ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine 6prozentige Lohnerhöhung vorsah, welcher aber in keiner Weise den berechtigten Forderungen der dortigen Arbeiterschaft Rechnung trägt. Der Schiedsspruch wurde vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Obwohl die Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet sind, den Schiedsspruch zu beachten, setzen sie sich über Recht und Gesetz hinweg und sperren einfach 40 000 Textilarbeiter aus. Die Arbeitgeber pfeifen auf Recht und Gesetz, wenn sie glauben, durch brutale Maßnahmen die Arbeiterschaft niederknüppeln zu können.

In Mittel- und Westsachsen .... hat ein Schlichter einen Schiedsspruch gefällt, der unseres Erachtens den Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft in der bedenklichsten Weise stützt. Der Schiedsspruch soll eine Laufzeit bis Ende März 1926 erhalten. Das bedeutet, daß der Arbeiterschaft jede Möglichkeit genommen wird, die in den nächsten Wochen und Monaten einsetzende Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, die durch die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung herbeigeführt wird, durch Lohnforderungen ausgleichen zu können. Man merkt, daß der Schiedsspruch nichts anderes will, als daß die Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, Mieten usw. durch die Arbeiterschaft getragen werden soll."

Darin hat der „Textilarbeiter" vollkommen recht. Die Massenausplünderung der Werktätigen beginnt jetzt, nachdem im Reichstage die Zollwuchervorlage Gesetz wurde. Jetzt führen die Unternehmer außerparlamentarisch das durch, was parlamentarisch beschlossen wurde. Das ist die Diktatur der Wirtschaftsgewaltigen, die in der brutalen Aussperrung der Bauarbeiter und Textilarbeiter ihren treffenden Ausdruck findet. Welche Kampfmaßnahmen gedenkt die Führung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes diesem frechen Vorgehen der Unternehmer entgegenzusetzen. Glaubt sie mit der Einführung von Extrabeiträgen, durch Verhandlungen mit den Unternehmern und dem Schrei nach „Recht und Gesetz" die Unternehmer zurückschrecken zu können? Oder will man mit diesen radikalen Tönen nur die Arbeiterschaft über die drohenden Gefahren hinwegtäuschen? Wenn der von den Unternehmern aufgezwungene Kampf für die Arbeiterschaft siegreich beendet werden soll, so müssen die Führer der deutschen Gewerkschaften das von den englischen Arbeitern gegebene Beispiel auch in Deutschland anwenden. Das Kampfbündnis mit den Bauarbeitern muß sofort geschlossen werden. Die Arbeiterschaft muß verlangen, daß der ADGB. die Führung dieser gewaltigen Kämpfe übernimmt. Alle Kampfmittel müssen angewandt werden, um den Sieg der Bau- und Textilarbeiter über die geschlossene und von Tag zu Tag frecher auftretende Front der Unternehmer zu erkämpfen.

40 000 niederrheinische Textilarbeiter im Kampf!

Am 1. August haben die Textilbarone des München-Gladbacher Bezirks die Kündigung von 40 000 Textilarbeitern ausgesprochen. Die vierzehntägige Kündigungsfrist ist nahezu abgelaufen. Die Textilausbeuter haben sich mit diesen Kündigungen über den vorliegenden verbindlichen Schiedsspruch hinweggesetzt. Sie erklären, daß dieser Schiedsspruch für sie nicht gültig sei; der Schiedsspruch hatte nämlich 6 Prozent Lohnerhöhung vorgesehen.

Darauf setzten die Verhandlungen ein. Der Schlichter stellte sich auf den Standpunkt des Herrn im Hause. Er erklärte den Arbeitern, vom Rechtsstandpunkt aus sei die Kündigung absolut in Ordnung, deshalb führe er die jetzigen Verständigungsverhandlungen ganz unabhängig von dem verbindlichen Schiedsspruch. Mit dieser Erklärung machte der Schlichter den verbindlichen Schiedsspruch null und nichtig.

Nun geschah es, daß sich die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer sofort auf den Standpunkt des Schlichters stellten. Damit hatten erstens die Textilbarone Oberwasser bekommen und zweitens hatten die Verbandsbureaukraten sofort ihr taktisches Ziel kundgetan, jede ernsthafte Kampfmaßnahme der 40 000 Textilarbeiter unmöglich zu machen. Der nächste Schritt der Verbandsbureaukraten war der Antrag, daß eine Schiedsstelle über die rechtliche Bedeutung der vorliegenden Fragen entscheiden solle. Die Unternehmer lehnten das ab. Die Bureaukraten aber, statt an die 40 000 Textilarbeiter zu appellieren und die Millionen der deutschen Arbeiter zum Kampf aufzurufen, erklärten sich zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit. Christen und Sozialdemokraten gaben einhellig Erklärungen ab, es handle sich hier um eine rein juristische Frage (!).

Ein Freibrief für die Ausplünderung der Arbeiter

Berlin, den 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung stellte dem Reichsrate eine Vorlage zu, **welche die völlige Aufhebung der letzten noch bestehenden notwirtschaftlichen Verordnungen vorsieht.** Vor allem werden auch, **was angesichts der rasch steigenden Teuerung kennzeichnend ist,** für die Luther-Schiele-Regierung, **die Verordnungen über Preistreiberei und über Preisprüfungsstellen aufgehoben.** Diese Vorlage ist eine würdige Ergänzung des schamlosen Zollwuchers.

Vor schweren Lohnkämpfen in Oberschlesien

Berlin, 20. August. Wie die „Tägliche Rundschau" meldet, steht Ostoberschlesien erneut vor einem schweren wirtschaftlichen Konflikt. Die Arbeitsgemeinschaft der Schwerindustrie hat den Gewerkschaften für den 31. August ein Kündigungsschreiben zugesandt, in dem es heißt:

„Unter dem schweren wirtschaftlichen Druck infolge der Absatznot und wegen der sich täglich verschlechternden Geldschwierigkeiten der Werke sehen wir uns gezwungen, eine Herabsetzung der Löhne zu fordern."

Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften hat beschlossen, nunmehr ihrerseits auch die Lohntarife in der gesamten Hüttenindustrie zum 31. August zu kündigen mit dem Zweck, eine Heraufsetzung der Löhne entsprechend dem Steigen der Lebenshaltungskosten zu erreichen.

Der Tarifvertrag der Hafenarbeiter von den Unternehmern gekündigt

Hamburg, 19. August. (Telunion.) Der bis zum 31. Aug. laufende Tarifvertrag der Hafenarbeiter ist von der Arbeitgeberseite, das heißt von dem Hafenbetriebsverein, gekündigt worden.

Marseille

Von Walter Stoecker.

Ende dieser Woche wird in Marseille der zweite Kongreß der reformistischen Sozialistischen Internationale zusammentreten. Dort wird sich zeigen, ob die in Hamburg vorgenommene Zusammenleimung der reformistischen Reste der alten zweiten und der zentristischen Gruppen der Wiener Internationale (zweieinhalb) von Bestand sein wird.

Alle großen Redensarten von damals, die Wiener würden die Sozialistische Internationale erobern und mit ihrem Geiste durchdringen, haben sich genau so als Illusionen erwiesen wie die Hoffnungen einiger deutscher Unabhängiger bei der Verschmelzung mit der SPD. Was hat diese neue Internationale seit zwei Jahren, seit Hamburg, geleistet? Außer einigen Mai-Aufrufen und einiger Bolschewistenhetze so gut wie nichts. Kein Wunder, ist doch für die meisten Führer der dieser Internationale angeschlossenen Parteien die internationale Solidarität nur noch eine schöne Sonn- und Feiertagsdekoration, während sie in Wahrheit in ihrem ganzen Denken, Fühlen und Handeln völlig mit der nationalen Bourgeoisie ihres eigenen Landes verbunden und verstrickt sind.

Der Bericht, den das Sekretariat dieser Internationale dem Kongreß von Marseille vorlegt, ist ein trauriges Dokument, zeigt er doch nur zu drastisch die völlige Ohnmacht und Hohlheit dieser sogenannten Internationale. Alle Fragen, über die man sich in der Exekutive nicht einig wird, werden „vertagt", und die wenigen Beschlüsse, die überhaupt zustande kommen, nimmt niemand ernst. So kann man wahrlich die Exekutive dieser Internationale nur einen Briefkasten für die verschiedenen jeweiligen Wünsche der angeschlossenen Parteien nennen.

Aus dem 238 Seiten langen Bericht weht nicht ein Hauch des wirklichen Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie; von der Kommunistenhetze abgesehen, kaum ein Wort über all die taktischen Probleme der Kämpfe der Arbeiterklasse, kaum ein Versuch einer Analyse der internationalen Lage; desto mehr spießbürgerliche Selbstzufriedenheit, daß es gelungen sei, die sozialistischen Parteien wieder organisatorisch zusammenzufassen.

Deshalb weicht auch die Tagesordnung von Marseille fast allen taktischen Problemen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse völlig aus. Ueber die „Sozialistische Friedenspolitik" werden Buxton (England), Leon Blum (Frankreich), Hilferding (Deutschland) und Hillquit (Amerika) referieren; über die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und die Arbeitslosigkeit de Brouckère (Belgien); über den Achtstundentag und die Washingtoner Konvention Shaw (England); über Organisation und Beitragssystem Friedrich Adler.

Da man wahrscheinlich in Marseille sich wieder als die „konsequente Fortsetzung" der ersten und zweiten Sozialistischen Internationale bezeichnen wird, ist es notwendig zu betonen, daß die jetzige Internationale nicht einmal mehr die Fortsetzung der schlechten Traditionen der zweiten Internationale ist, sondern noch weit mehr reformistisch und nationalistisch verseucht und infolgedessen auch noch ohnmächtiger ist als die zweite Internationale vor dem Kriege. In dieser Hinsicht ist es nützlich, einen Beschluß der Exekutive der Sozialistischen Internationale bekanntzugeben, der im Mai d. J. in der Exekutivsitzung in Paris gefaßt wurde, als es galt, zur Frage der Koalitionspolitik, der Teilnahme der sozialistischen Parteien an bürgerlichen Regierungen Stellung zu nehmen. Der Beschluß heißt:

„Die Exekutive erinnert daran, daß die SAI. eine durch den Hamburger Kongreß neugeschaffene Internationale Organisation ist, für die nur jene Beschlüsse gelten können, die sie selbst gefaßt hat.

Aus dieser Lage ergibt sich die Notwendigkeit, die Stellung der SAI. zu allen wichtigen Grundproblemen der Arbeiterklasse neu festzustellen und insbesondere zu den vielfach geänderten Kampfbedingungen eine Stellung zu nehmen. Diese große und schwierige Aufgabe kann nur schrittweise gelöst werden. Als einen Schritt in dieser Richtung beschließt die Exekutive, die angeschlossenen Parteien aufzufordern, ihren Standpunkt in bezug auf die Frage der Ausübung der Regierungsgewalt durch sozialistische Parteien im kapitalistischen Staat in schriftlichen Memoranden darzulegen bzw. wo dies noch nicht geschehen ist, die Frage